

Verhältnisse so gut wie nichts ändern. Die Volksschule soll auch künftig auf der Basis des konfessionellen Unterrichts aufgebaut werden. Was an Verbesserungen gefordert wird, soll in das freie Ermessen der Gemeinden gestellt werden. Die notwendigsten Reformen aber dürften schließlich an den Finanzverhältnissen im Staat und in den Gemeinden scheitern. Hoffnungen darf man sich also auf die Reform, die übrigens noch einige Jahre auf sich warten lassen wird, nicht machen.

Mit ihren Bestrebungen auf Einführung einer Landsteuer und Umsatztsteuer haben die Konservativen kein Glück gehabt. Zwar hat die Zweite Kammer einen dahingehenden Antrag angenommen, indes die Erste Kammer zeigte sich hier um einige Grade vernünftiger als die Klassenvertreter in der Zweiten Kammer und lehnte die Umsatztsteuer als undurchführbar ab. Damit ist nur die Vermittlung betreffende schlanke Sondersteuer wenigstens von Landes wegen wohl für immer abgetan.

Die Chronikde klingt in eine Klage aus über die Reichsfinanzreform und die Finanzlage des Staates. Daß der Chroniker stetig es schon heute fest, daß die Fertigstellung des Gleichgewichts im Etat 1910/11 manchen Schwierigkeiten begegnen werde. Die Regierung hält deshalb an der Hoffnung fest, daß es trotz der außerordentlichen Widerstände, die sich der Reichsfinanzreform entgegenstellen, zu einer Reform des Reichsfinanzwesens kommen werde, die auch die Einzelstaaten stärke. Wenn alle beteiligten Faktoren der Finanzreform solche Schwierigkeiten bereiten würden, wie der Finanzminister Dr. Müller, der mit den Junkern gegen die Nachlasssteuer wütet, dann wäre allerdings die Reichsfinanzreform mit Bombensicherheit gesichert. Indes, mag die Finanzreform schließlich aussehen wie sie will, die Bundesregierungen sorgen durch ihre wohlmögliche Förderung der Militärpolitik des Reiches schon selbst dafür, daß der Damm des Reichsfinanzministers dauernd und sichtbar auf die Klassen der Einzelstaaten drückt und dadurch die Erfüllung von Kulturaufgaben je länger je mehr erschwert wird.

### Das Interpellationsrecht vor der Kommission des Reichstags.

Am Dienstag stellt man sich in der Geschäftsordnungskommission über die Zulässigkeit der Antragstellung und die Form ihrer Behandlung. Neben der Kardinalfrage, ob die Einbringung besonderer Anträge bei der Interpellationsbesprechung überhaupt gestattet werden kann, treten noch zwei Fragen in die Diskussion, welche von Dr. Zund gemeinsam mit dem freisinnigen bzw. nur von den Nationalliberalen mit Bezug auf die Haltung der Konservativen aufgeworfen sind:

- a) soll die Antragstellung, falls 30 Mitglieder widersprechen, nicht erst zulässig sein, gemäß einem ohne Diskussion zu fassenden Beschluß des Reichstags?
  - b) ist die Zustimmung gestellter und zugelassener Anträge (sic!) eventuell zu verzagen?
- Von konservativer Seite wurde folgendes Antrag eingebracht:

Die Anträge müssen den Gegenstand der Interpellation unmittelbar betreffen und dürfen keine Gesetzesvorläufe enthalten; sie müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein; ihre Zulassung ist beim Widerspruch seitens 30 Mitglieder ausgeschlossen. Auf Antrag einer gleichen Zahl Mitglieder muß die Abstimmung über zugelassene Anträge verzagt werden; sie erfolgt dann innerhalb einer Woche aber nicht vor Ablauf dreier Tage.

Das Zentrum ließ durch den Abg. Kirck erklären, daß eine Aufforderung an den Bundesrat zur Einbringung einer Gesetzesvorlage nicht ausgeschlossen sein soll; sonst aber müßten die gestellten Anträge in einem getrennten Zusammenhang mit der Materie der Interpellation stehen. Dem schloß sich der Abg. Webehour an und betonte, daß es auch den Intentionen der Konservativen entspricht, durch die Interpellation bestimmte Fragen rasch entscheiden zu lassen. Aber es dürfe die Majorität des Parlaments das Antragsrecht der Minorität nicht verweigern; das Recht der Beschlußfassung über die Anträge soll dem Plenum bleiben. Auf Antrag hindurch ging der Redaktor, daß dort die Minorität sogar Mißtrauensvoten beantragen kann gemäß auf eine im Volke weitverbreitete Ansicht über die Politik.

Die Konservativen wiesen mit Entrüstung den Gedanken an eine konstitutionelle Mißtrauensvotengebilde zurück. Woher sollten wir einen Reichskanzler nehmen?, ruft Herr Schulz; etwa von Herrn Singer oder Lebehour? Alle bürgerlichen Vertreter unterstützen uns Konservativen in der Abstraktion der Mißtrauensvoten gegen die Regierung. Und Herr Reich möchte im Jundschen Antrag den verstockten Keufel der Ver-

und Mißtrauensvoten erblicken. Das gehe staatsrechtlich nicht an!

So hätte es aus dem konservativen Lager, wiewohl Herr Dr. Zund zuvor den Mut hatte, auf Grund seiner Studien in der Kadetten-Schule — die immer noch nicht vollendet vorliegt — gottvertrauens in die Zukunft zu schauen. Ich habe keine Sorge, daß es durch unsere Anträge im Reich zu einem parlamentarischen System kommt, ob Minister gestürzt werden. Ueberlassen wir es der Zukunft und wachen wir nicht das Verfallene an die Wand! Mit der Geschäftsordnung hält man eine solche Entwicklung auch nicht auf. Heute schon kann es der Reichstag zu einem Mißtrauensvotum treiben. Der Bundesrat steht aber solchen Schicksalsfällen gegenüber auch nicht wehrlos da; er läßt den Gegenstand durch die Reichstagsauslösung, falls sich der Reichstag proklamieren sollte durch eine Frist solcher Mißtrauensvoten.

Sodann, so sagte Herr Zund hinzu, muß der Reichskanzler offizielle verantwortliche Stellvertreterung im Staatssekretariat der Mißtrauensvoten des Reichstags ebenfalls ausgeübt sein. — Und mit der Freude über die heute scharf zum Ausdruck kommenden Gegensätze und über die Aussichten zur Befreiung der Presse unseres Parlaments schloß Dr. Zund, der während dieser feurigen Rede das Präsidium in Singers Hand gelegt hatte.

Genosse Singer rekapitulierte dann: es handelt sich bei der Geschäftsordnung um eine ganz unpolitische Regelung des Reichstages jedes einzelnen Abgeordneten und des Präsidiums. Die Konservativen wollen aber nur die Interessen ihrer Partei wahren. Die Verfassung gestattet diese Regelung ohne Mitwirkung des Bundesrates; das Stellvertretungsrecht ist staatsrechtlich, somit ist eine gleiche Verantwortung auch für die Staatssekretäre konstitut. Die Verhandlung im Reichstag über die Mißtrauensvoten darf unter keinen Umständen verhindert werden. Der Gegenstand der Interpellation muß mit den Anträgen verknüpft sein, und daraus können sich auch Mißtrauensvoten entwickeln. Welche Schritte an der Regierungsbank gezogen werden, ist einerlei; nach den bisherigen Erfahrungen mit unsern Ministern ist eine Demission nicht zu befürchten. Was einmal eine sozialdemokratische Mehrheit und Verfassung für einen Reichskanzler bringt, darüber mögen sich die Konservativen ihre Äußerung nicht gebühren. Jetzt schon muß das parlamentarische Mißtrauen ausgesprochen werden, insbesondere in Fragen der äußeren Politik, wo man von der Regierung fordert, daß sie im Einverständnis mit der Volksvertretung die Gesetze des Reiches lenkt im Bewußtsein, daß sie des Volkes wegen da ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag, am Mittwoch die Debatte zu beenden und zur Beschlußfassung zu kommen, wird abgelehnt, obgleich selbst der Vorsitzende Dr. Zund bereit war, am Donnerstag seines Amtes arbeitend zu wachen.

### Reichstag.

104. Sitzung, Dienstag, 20. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Weismann-Sollweg, Dernburg, Straefe.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betreffend Post- und telegraphische Verbindungen mit überseeischen Ländern. Der Entwurf will den Reichskanzler ermächtigen, dem Norddeutschen Lloyd für die vierwöchentliche Verbindung des Schutzgebietes Neu-Guinea mit Hongkong und Australien und eine weitere einrichtende Anstaltlinie nunmehr 500 000 Mk. anstatt 300 000 Mk. zu bewilligen.

Staatssekretär v. Weismann-Sollweg erklärt, daß der Lloyd den Nachweis geführt hat, daß er ohne die erwähnte Subvention den Verkehr nicht aufrecht erhalten kann. Das wäre ein schwerer Schlag gegen das aufblühende Schutzgebiet, also Sparsamkeit am unerschöpflich.

Abg. Dr. Gemler (nat.-lib.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde und beantragt Verweisung an die Subkommission. Die Subvention bedeute keine Unterstützung der Reederei, sondern sei nötig, damit die deutsche Flagge in der Südsee überhaupt erscheinen könne.

Abg. Dr. Zahn (kons.) schließt sich dem Vordredner an. Redner schilt auf den Partikularismus Hamburgs, weil er nebenbei preussischer Abgeordneter sei. (Ironische Zurufe: Nebenbei? Weiterheit.)

Abg. Erberger (Zentr.): Wir haben nur zu unterfragen, ob Leistung und Gegenleistung im richtigen Verhältnis stehen. Die Wünsche des Lloyd kommen für uns nicht in Frage. In der Kommission werden wir auch prüfen müssen, ob der Zuschuß von 200 000 Mk. den Neu-Guinea trotz der Subvention noch erhalten soll, gerechtfertigt ist. (Zustimmung im Zentr.)

Abg. Hermann (freis. Sp.): Wir sind keine Kolonialschwärmer. Aber wir hoffen, daß die dort angelegten Kapitalien sich noch einmal rentieren. Lediglich Reichsinteressen, nicht die Geschäfte der Dampferfirma sind maßgebend für uns. Doch kann es nicht im Interesse des Reiches liegen, wenn die deutsche Flagge aus der Südsee verschwindet. Mit der Verweisung an die Subkommission sind wir einverstanden.

Staatssekretär Dernburg: Würde Neu-Guinea vom Weltverkehr abgetrennt, so wäre das für dieses Schutzgebiet geradezu verhängnisvoll. Deshalb treue ich mich über die Stellungnahme der Vordredner. Es handelt sich nicht um die Interessen des Lloyd, sondern um die Interessen der Deutschen in jenen Gegenden. (Bravo! recht! und bei den Nat.-lib.)

Abg. Noke (Soz.): Der Reichstag hat zweimal Resolutionen angenommen, in denen verlangt wird, daß das Reich solchen Firmen Arbeiten vergibt, die sich in ihren Arbeitsbedingungen an die gesetzlichen Vorschriften und bestehenden Tarife halten. Der Norddeutsche Lloyd aber mißachtet die Reichsgeetze, soweit sie sich auf seine Arbeiter beziehen. Er tritt ihr wichtigstes Recht neben dem Wahlrecht, das Koalitionsrecht, mit Füßen. (Zust. b. d. Soz.) Das Maschinenpersonal muß sich verpflichten, dem Gesammverbande oder einem ähnlich gerichteten Verbände nicht anzugehören. Das ist ein großer Verstoß gegen die guten Sitten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Norddeutsche Lloyd hat gelbe Vereine gegründet, und er beschäftigt zum Abwehr der Ersparnis zum großen Teil farbige Mannschaft. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Ausnahme der Farbigen beruht lediglich auf der Profitgier der Unternehmer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In dem vorliegenden Vertrage ist auf die Interessen des deutschen Kapitals keine Rücksicht genommen. Die Schiffe sollen nur in deutschen Werften gebaut, und es sollen nur deutsche Kohlen herbeigebracht werden usw. Die Interessen der deutschen Arbeiter aber sind mit keinem Worte wahrgenommen. Der Lloyd wird also Chinesen und andere Farbige ruhig weiter verwenden dürfen, weil sie billiger sind wie deutsche Arbeiter. Man spricht sonst immer von dem Schutze nationaler Arbeit. Da sollte man sich auch gegen diese Lohnbrüderlei durch farbige Arbeiter wenden. Eine von uns in diesem Sinne beantragte Resolution wird dem Hause Gelegenheit geben, etwas für den volkswirtschaftlichen Schutz der deutschen Arbeiter zu tun.

Die Regierung beweist mit dieser Vorlage eine außerordentliche Fähigkeit, aber sie bringt nichts Neues dafür vor. Es fehlt jeder Nachweis, daß nennenswerte deutsche Interessen in Frage kommen. Der Kollege Hermann spricht von einem Verluste des Lloyd bei dieser Linie von vier Millionen. Aber der eigene Generaldirektor des Lloyd hat ja erklärt, man müsse auf diese jährigen Rückgang nicht tragisch nehmen. Auf die Ebbe folgt die Flut. — Natürlich kommt aber die Flut nur den Aktionären zugute. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Vorlage muß als eine kolonialpolitische Beurteilung werden. Die starken Farben, die in den Motiven aufgetragen sind, weisen auf die Verschärfung des Herrn Dernburg hin. Da solche große deutsche Interessen in Neu-Guinea vorhanden sein! In Wahrheit sind da nur 40 deutsche Unternehmungen. Man sollte die Vorlage ganz ungeschminkt Gegenwurf zur Subventionierung der Neu-Guineakonpanie nennen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Vorlage bezweckt, die Transportkosten für die billigen Malaien auf das Reich zu übertragen, lediglich im Interesse der Montagengebiete. (Zust. b. d. Soz.) Ebenso bemüht man sich, für den Neubau Chinesen nach den Schutzgebieten zu bekommen. Würden wir nicht aus prinzipiellen Gründen gegen die Vorlage stimmen müssen, so müßten wir es aus finanziellen tun. Aber mit aller Entschiedenheit wenden wir uns dagegen, daß es national sein soll, für die deutschen Kapitalisten blühende Kultus heranzuführen. (Leb! Bravo! b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Naab (Wirtsch. Vgg.) stimmt dem Vordredner in Bezug auf die Verwendung Farbiger zu und verlangt, daß man den Seelen den Koalitionsrecht nicht verläumere, das allerdings an Werk zu ruhen habe. Angesichts der trostlosen Finanzlage sei die Forderung nicht erfreulich. Wir lehnen die Vorlage nicht grundsätzlich ab, erwarten aber gabelnützige Aufklärungen in der Kommission. (Bravo! b. d. Wirtsch. Vgg.)

Abg. Dittgen (Wpt.): Die Vorlage ist im Interesse der Entwicklung des Schutzgebietes Neu-Guinea notwendig. So viel müssen wir selbst in Zeiten der Finanznot für eine aufblühende Kolonie übrig haben. (Bravo! recht.)

Abg. Hermann (Freis. Wpt.) behauptet gegenüber dem Abg. Noke, daß die Einstellung Farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel an deutschen Seeleuten beruhe. Auch können die Farbigen die hohen Temperaturen besser vertragen.

Abg. Noke (Soz.): Herr Hermann meint u. a., die Arbeiter brauchen ja nicht zum Lloyd zu gehen, wenn ihnen die vorgelegten Verträge nicht passen. Diesen Unternehmerstandpunkt kennen wir, aber er kommt mich doch bei einem freien Willigen Abgeordneten. Herr Hermann hat es ferner für nötig gehalten, auf unseren Wahlprüfungsproletariat aller Länder den Eintrag einzuheften. Leider verfolgen die Chinesen diesen Plan nicht. Wir wünschen ihnen alles gute, aber das Gemb ist uns näher als der Tod, und gundacht haben wir dafür zu sorgen, daß die deutschen Seeleute zu leben haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das erreicht, wollen wir gerne auch den Chinesen auf eine höhere Kulturstufe verhefen. Der Leiter des Tropeninstituts in Hamburg hat erklärt, es sei nicht wahr, daß die Chinesen gegen die Hitze widerstandsfähiger seien. (Zustimmung b. d. Soz.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Abrecht und Genossen (Soz.) über die rechtsgerichtete Regelung der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit den dazu gestellten Petitionen.)

Schluß 1/6 Uhr.

schickte sie allein in dem kleinen Stübchen, das ihr und dem Vater zugleich als Wohnraum und Küche diente. Denn auch, wenn der Vater zu Hause war, hatte sie keine Unterhaltung von ihm, und es kam auch selten genug vor. Der Stammtisch war sein Erholungsort. Dort in der Wirtschaft zum Löwen galt er für einen angenehmen Gesellschaftler und schlagfertigen Witbold, zu Hause liebte er es, den wortkargen Tyrannen zu spielen. Seine Tochter war ihm auch nicht gebildet genug, was sollte er mit der Tochter? Als Sohn eines bekannten Gymnasiallehrers hatte er eine gute Ausbildung erhalten, da aber sein Vater früh gestorben war, ohne ein nennenswertes Vermögen zu hinterlassen, so hatte er seinen ursprünglichen Plan, gleichfalls Philologie zu studieren, aufgeben müssen. Er hatte sich dann in verschiedenen Berufen versucht, die ihm aber alle sowohl für seine Anlagen, als für seine Vorbildung als minderwertig erschienen. So war er in Bummeln gekommen und allmählich von Stufe zu Stufe herabgesunken. Sein Wit und die Gabe, leicht zu reimen, hatten sich dabei als verhängnisvolle Geschenke erwiesen. Rhetorik war er bei geselligen Vereinigungen gern zugezogen worden, und man hatte ihn in überschwenglicher Weise gefeiert. Das hatte seine Eitelkeit noch gesteigert, und er glaubte wirklich, zu etwas Größerem geboren zu sein, als Konten zu addieren oder Aktien zu registrieren. Sein Ehrgeiz hatte ihn danach streben lassen, als Schriftsteller sein Glück zu machen, aber wenn seine Begabung vielleicht noch gereicht hätte, so fehlte es ihm doch an jeder Selbsttätigkeit. So gab er sich bald mit dem billigeren Ruhme zufrieden, ein „Kölner Dichter“ zu sein. Man gab ihm in gewissen Kreisen diesen Titel gern, wie so manchem andern auch, eine Zeitung genoh er sogar einen besonderen Ruf, und „unser Quirin“ durfte bei keiner größeren Karnevalsfeier oder ähnlichen Veranstaltung fehlen. **Tamara heiratete er eine arme Privatlehrerin, die dann**

durch Stundengeben den Hauptteil zum Unterhalt der Familie verdienen mußte.

Gretchen erinnerte sich aus ihrer Kindheit ihrer Mutter noch deutlich als einer kleinen, zierlichen, stets abgehetten Person, von liebevoller und liebebedürftiger Gemütsart. Sie selbst hatte das üppige Haar und eine gewisse musikalische Begabung als Erbe von ihr empfangen. Leider war die arme Frau zu früh gestorben, als daß sie diese Fähigkeiten ihres zweiten Kindes ordentlich hätte ausbilden können. Gretchen hatte es nicht weiter gebracht, als daß sie leichte Nieder und Länze auf dem Klavier klappern konnte, das noch von jener Zeit her im Salon Quirins stand. Diesen Salon leitete er sich aus Geschäftsrückichten. Durch den Tod seiner Frau zum Erwerb gezwungen, hatte er sich als Gelegenheitsdichter aufgetan. Als solcher konnte er seine Kunden nicht in der Küche empfangen, das würde seinem Beruf geschadet haben, und er hätte nicht die Preise fordern dürfen, die er jetzt erhielt. Das Geschäft war recht einträglich, und die Familie hätte in ganz behaglichen Verhältnissen leben können, wenn Quirin nicht noch immer die Großmamaucht geplagt hätte, die ihn verleitet, den größten Teil seines Verdienstes in den Löwen zu tragen, wo er eine angesehene Persönlichkeit war. Er brauchte diese Anerkennung, denn in den großen Gesellschaften war sein Name bald verschollen. Und wenn auch seine Witzen und Reimerien nach wie vor die „Marrenschär“ ergöheten, so taten sie es doch unter falscher Flagge, und andre ernteten den Beifall und die karnevalistischen Auszeichnungen dafür.

Gretchen selbst gehörte zu den Bewunderern ihres Vaters, sie sah fast mit derselben Ehrfurcht zu seiner geistigen Größe auf, wie das ihre fleißige, bescheidene Mutter getan hatte. Wenn Quirin einmal in Stunden des moralischen oder physischen Rakenschlages beklagte,

daß die Meigewichte der alltäglichen Misere ihn hnderten, die Schwinge seines Genius frei zu entfalten, so fand sie diese Klage sehr berechtigt. Sie war überzeugt, daß er das Höchste leisten könnte, wenn er die Zeit dazu fände; aber auch was er jetzt unter dem Druck der äußeren Sorgen leistete, erschien ihr bedeutend. Und das war verzeihlich. Jeder seiner Vorträge wurde von dem allmächtigen Erwerber in einem Dutzend verschiedener Gesellschaften gehalten, und erweckte fast ausnahmslos jubelnden Beifall. In wie schmeichehaften Ausdrücken berichteten die Zeitungen darüber. Sein zündender Humor, seine treffende Satire, das attische Salz seines Witzes ließen die Wogen des Frohsinns sich so hochtürmen, daß eine Steigerung nicht mehr möglich war. Seine von echter Poesie durchwehten Verse fanden begeisterten Widerhall in allen empfänglichen Herzen.

Es konnte sich auch hier nicht um etwas Geringes handeln. Wurden doch die Sitzungen von den größten Würdenträgern der Stadt besucht, kamen doch höchste Herrschaften von auswärtig zuzureisen, um sich den Genus einer solchen Veranstaltung zu verschaffen. Und wie schmeicheilig nahmen sich die Theaterregenten und sogar die Konzertkritiken in den Zeitungen aus gegenüber den täglichen spaltenlangen Berichten über die Karnevalsfestungen. Nein, es mußte etwas Großes um die karnevalistische Begabung sein, und nur zu sehr hatte es Gretchen ihrem Vater gegönnt, daß sein Name genannt worden wäre, wo sich jetzt die Schmitz oder Wohl mit seinen Geistesfindern die taten, nur zu gerne hätte sie auf seiner geschwellten Brust alle diese Orden gesehen und auf seinem sich lüchelnden Scheitel alle diese Ehrenkappen, die andern für seine Leistungen verliehen wurden.

(Fortsetzung folgt.)